

Politologe Marxer: «Abschaffung der Monarchie ist völlig illusorisch»

Veto Die von der Initiative «Ja - damit deine Stimme zählt» geforderte Schwächung des Vetorechts wird vom Fürstenhaus strikt abgelehnt. Wenn, dann müsste schon die Monarchie abgeschafft werden, sagen Fürst und Erbprinz. Ein unrealistisches Szenario.

VON MICHAEL BENVENUTI

Dass das Fürstenhaus der Initiative «Ja - damit deine Stimme zählt» eine Absage erteilen würde, war zu erwarten - nicht aber der Tonfall und die Kompromisslosigkeit. Fürst und Erbprinz gingen, wie berichtet, auf Konfrontationskurs: Das Vetorecht des Landesfürsten liesse sich nur durch eine Abschaffung der Monarchie erreichen. Von einer scheinweisen Macht- und Kompetenzabgabe will das Fürstenhaus hingegen nichts wissen. «Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen», kommentierte Politologe Wilfried Marxer diese Haltung. Es gehe den Initianten schliesslich nicht darum, den Dualismus - also die gesamte Staatsform - über Bord zu werfen: «Es geht nur um Nuancen in der Kompetenzverteilung, um eine Stärkung der Rechte der Stimmbürger.» Aus Sicht der Initianten mögen dies tatsächlich Nuancen sein - für das Fürstentum stellt das Sanktionsrecht hingegen einen fundamentalen Pfeiler der Verfassung dar.

Rückzieher ist nicht realistisch

Ein Rückzieher des Fürstenhauses ist deshalb «nicht wirklich realistisch», wie Marxer betonte: «Auch wenn es grundsätzlich kein Drama wäre und eine Meinungsänderung des Fürstenhauses ein starkes Bekenntnis zur Demokratie darstellen würde.» Edith Hilbe vom Initiativkomitee hatte gegenüber dem «Volksblatt» Zweifel geäussert, ob das Fürstenhaus im Ernstfall - also bei einem Ja der Stimmbürger zur Initiative - tatsächlich Taten folgen liesse: «Wir erwarten, dass sich eine grosse Mehrheit für die Stärkung der Volksrechte aussprechen wird und dass sich das Staatsoberhaupt diesem Ergebnis nicht widersetzen wird.» Doch wie wird es weiterge-



Wird wohl noch länger Sitz der Fürstenfamilie bleiben: Das Schloss oberhalb von Vaduz. Eine Abschaffung der Monarchie und ein Wegzug der fürstlichen Familie ins Ausland ist äusserst unwahrscheinlich. (Foto: Michael Zanghellini)

hen, wenn Erbprinz Alois und Fürst Hans-Adam II. ihrer Linie treu bleiben - folgt dann eine Initiative zur Abschaffung der Monarchie? «Das hat niemand ernsthaft im Sinn», vermutet Wilfried Marxer, «denn es ist völlig illusorisch, dass sich auch nur annähernd eine Mehrheit für die Abschaffung findet.» Zu stark sei die Monarchie im Land und in der Identität der Bevölkerung verwurzelt. Der Direktor des Liechtenstein-Instituts geht auch davon aus, dass der Abstimmungskampf 2012 nicht so verbissen geführt werden wird wie jener vor der Verfassungsabstimmung im Jahr 2003. «Damals gab es eine zehnjährige Vorlaufzeit, zudem ging die Initiative vom Fürstenhaus

aus - es ging auch ums Prestige.» Proaktiv handeln, wie vor neun Jahren, müsse das Fürstenhaus dieses Mal nicht - Fürst und Erbprinz hätten ihren Standpunkt platziert, dem sei theoretisch nichts mehr hinzuzufügen. Die Grossparteien würden ebenfalls ihren Teil dazu beitragen, die Initiative möglichst emotionslos über die Bühne gehen zu lassen, ist Wilfried Marxer überzeugt: «VU und FDP werden schauen, dass sie ohne grosse Blessuren durch den Abstimmungskampf kommen.»

Parteien müssen taktieren

Vor den Landtagswahlen im Februar 2013 müssten beide Parteien taktieren - Parteiparolen für die Abstimmung

seien daher nicht zu erwarten. Diese Einschätzung deckt sich mit den betont vorsichtig formulierten Reaktionen der Parteispitzen von VU und FDP. So war VU-Präsident Jakob Büchel auch bemüht, die Aussage von VU-Fraktionssprecher Peter Hilti als «persönliche Ansicht» einzuordnen. Hilti hatte die Initiative als «Schritt in die richtige Richtung» bezeichnet.

Zurückhaltend gaben sich auch die von «VB online» und «Volksblatt» befragten Passanten. «Wenn es um den Fürst geht, halte ich lieber den Mund», sagte ein jüngerer Mann. Ein älteres Semester wurde noch deutlicher: «Da könnte ich mir ja gleich den Kopf abschneiden.»